

# In U. P. regiert das Gesetz des Dschungels

## Hintergründe und Auswirkungen des jüngsten Machtwechsels in Uttar Pradesh

Thomas Berger

**Einmal mehr verfügt Indiens bevölkerungsreichster Unionsstaat über eine neue Regierung. Doch als stabil können die politischen Verhältnisse in Uttar Pradesh (U. P.) auch jetzt nicht bezeichnet werden. Allerdings eröffnen sie neue Konstellationen für die zum Jahresende hin anstehenden Regionalwahlen und auch den nationalen Urnengang im kommenden Jahr.**

Der 29. August war der große Tag von Mulayam Singh Yadav. Zum dritten Mal wurde der Mann mit dem ausgesprochenen Drang zur Macht als Chefminister von U. P. vereidigt. Damit triumphierte er über seine politische Erzrivalin Mayawati, die drei Tage zuvor zurückgetreten war. Auf den ersten Blick scheint es, daß damit nun endlich der Wahlsieger von 2001 zu dem ihm zustehenden Recht gekommen sei. Doch ganz so einfach liegen die Dinge in Lucknow eben nicht. Durch die seltsamsten Bündnisse ist hier schon mancher um seinen Erfolg geprellt worden, über den er sich noch am Wahlabend gefreut hatte. Auch die gescheiterte jüngste Allianz zweier Partner, die verschiedener kaum sein könnten, ist dafür ein Beispiel. Daß die Koalition von Mayawatis Bahujan Samaj Party (BSP), vor allem von Dalits getragen, und der höherkastig dominierten Bharatiya Janata Party (BJP) keine ganze Legislaturperiode überdauern würde, war den meisten Beobachtern bereits zu Beginn klar. Meinungsverschiedenheiten gab es eigentlich nur über den genauen Zeitpunkt des allgemein erwarteten Auseinanderbrechens der Koalition.

So seltsam die Allianz scheinen mochte, sie verfolgte einen einzigen Zweck: Den Chefministersessel nicht an Mulayam Singh Yadav fallen zu lassen, dessen Samajwadi Party (SP) mit 141 Mandaten

im 400-köpfigen Regionalparlament die stärkste Fraktion stellt, aber eben noch lange nicht die Mehrheit. Die BJP wollte nicht ihren Einfluß über Indiens „politisches Zentrum“ verlieren - denn noch immer gilt U. P. als Schlüssel für den Zugang zu den Schalthebeln der Macht in Neu-Delhi - und den Staat einem ihrer schärfsten Kritiker überlassen. Der BSP-Vizechefin wiederum ging es darum, den schlimmsten Konkurrenten und Erzfeind vom Chefposten fernzuhalten. Also überbrückten beide ihre ideologischen Differenzen (die im indischen Machtspiel in den letzten zehn Jahren ohnehin immer weniger zählen, auf regionaler wie zentraler Ebene) und schlossen eine Polit-Ehe, in der von Liebe nicht die geringste Spur zu finden war. Mayawati auf der einen und die BJP-Führungen in Lucknow und Delhi auf der anderen Seite trieben, quasi in Elternrolle, ihre jeweiligen Parteien zu einer Hochzeit, wie es bei den arrangierten Ehen im Land nicht selten vorkommt - die Brautleute selbst finden den jeweiligen Partner wenig attraktiv, wenn nicht gar abstoßend.

Kein Wunder also, daß aus dem Bund auch später keine Liebe erwuchs. Mayawati führte sich einmal mehr als ungekrönte Königin auf, der sich alle widerspruchslos zu unterwerfen haben, wahrte aber zumindest anfangs gegenüber dem Koalitionspartner BJP die Form:

Man ging höflich miteinander um. Doch gleichzeitig tat die Chefministerin alles, um dem ungeliebten Verbündeten - mehr oder weniger heimlich - Steine in den Weg zu legen. Die BJP blieb ihr nichts schuldig - die Parteiführer in Uttar Pradesh selbst sägten auch schon mal unbemerkt am Stuhl der Frau, die sie nur höchst widerwillig als formelle Chefin der Koalition anerkannten. Gleichwohl hielten sie sich zurück: Ein Sturz Mayawatis, ein Scheitern der nervenaufreibenden und oft frustrierenden Allianz, wurde im Hauptquartier der Partei von den Politstrategen vorerst nicht geduldet. Auch als sich das Koalitionsklima immer mehr verschlechterte, nahmen die BJP-Vertreter so manche Kränkung durch Mayawati mit verkniffenem Gesicht hin.

Ihr Rücktritt Ende August sei aus Anstand erfolgt, brüstet sich die Ex-Frontfrau nun. Sie habe ihre „politischen Grundprinzipien nicht preisgeben“ und ihren Selbstrespekt erhalten wollen. Dem „Druck von der BJP-Spitze aus Delhi“ habe sie nicht weichen wollen, einen ehrvollen Schlußstrich gezogen. Hingegen giftet sie gegen die neue zumindest - Regierung, daß nun wieder das „Gesetz des Dschungels“ in U. P. Einzug halte. Wer oder was damit gemeint ist, weiß man in der politischen Szenerie Indiens sehr genau - es geht um mehrere SP-Abgeordnete mit zweifelhaftem Hintergrund, die

nun unmittelbar an die Macht gelangen. Verurteilte Kriminelle und Bandenchefs, die es geschafft haben, ins Parlament gewählt zu werden. Doch ist dies keineswegs auf die Samajwadi Party beschränkt. BSP und BJP müßten sich in gleicher Weise zur Biographie so mancher ihrer Volksvertreter kritische Fragen gefallen lassen. Zwar ist die Lage nicht so schlimm wie im benachbarten Bihar, wo bis zu zwei Dutzend Abgeordnete eine dicke Akte bei Polizei und Gericht besitzen. Doch wer in einem Wahlkreis Einfluß hat, den versucht man zu ködern - zweitrangig, ob es sich dabei um jemanden handelt, der eigentlich hinter Gitter gehört oder sich sogar mitunter dort schon befindet.

### Poker um Parlamentarier

Wie auch immer: Über eines aber verfügt Mulayam, der neue Chefminister, zunächst: eine komfortable Mehrheit. 245 Stimmen gab es für ihn, als das Regionalparlament abstimmte. Und seine eigene, bislang 141 Köpfe zählende Fraktion verstärkte sich derweil durch übergelaufene Abtrünnige der BSP - darunter mehrere Minister der alten Regierung, die mit Mayawati gebrochen haben - um weitere insgesamt 43 Abgeordnete. Die nun 184 Parlamentarier umfassende SP-Fraktion hat für ihren Vorsitzenden in seiner Eigenschaft als regierender Chefminister einen wichtigen Vorteil: Sollten die Widersacher jetzt ihrerseits versuchen, sein Lager zu spalten, müßten sich gleich mindestens 62 Mandatsträger seiner Partei öffentlich verbindlich von ihm lossagen. Denn laut „anti-defection law“, einst eingeführt, um den politischen Kuhhandel um Abgeordnetenstimmen zu erschweren, muß gleichzeitig mindestens ein Drittel der Angehörigen einer Fraktion aus dieser austreten, damit dieser Vorgang als zulässig anerkannt werden kann. Eine hohe Hürde, die BSP und BJP - sollten sie in absehbarer Zeit überhaupt wieder gemeinsam agieren wollen - kaum nehmen dürften.

Vor allem ist es dem alten Taktierer Mulayam gelungen, endlich auch den *Indian National Congress* (INC) auf seine Seite zu ziehen. Eine schnelle Koalitionsbildung der siegreichen SP nach der Wahl

2001 war vor allem auch deshalb verhindert worden, weil die Kongreßpartei ihn damals nicht in seinem Anspruch auf das Regierungsamt unterstützte. Hintergrund: INC-Chefin Sonia Gandhi revanchierte sich auf diese Weise dafür, daß sich Mulayam mit dem Hinweis auf ihre italienische Herkunft auf Bundesebene genauso verhalten und eine Allianz unter ihrer Führung klar abgelehnt hatte. Nun aber gibt es zwischen beiden Parteien weitaus versöhnlichere Töne. Der SP-Chef suchte Sonia Gandhi sogar in Delhi zum persönlichen Gespräch auf. Zudem bedankte er sich nach dem Vertrauensvotum artig bei den 16 Kongreß-Abgeordneten, obwohl die Partei eine formale Koalitionsbildung nach wie vor ablehnt und nur von außen Unterstützung geben will (was übrigens dem Vernehmen nach den Abgeordneten selbst, die auf Ministerposten hoffen, gar nicht schmeckt).

Die Annäherung zwischen Samajwadi Party und INC, wenngleich auch von den Beteiligten selbst mit Vorsicht betrachtet, indiziert dennoch Auswirkungen auf die nationale Ebene. Plötzlich scheint es nicht mehr völlig ausgeschlossen, daß es nicht doch zu einer Art von Wahlallianz im nächsten Jahr kommen könnte, um die von beiden Partnern bekämpfte BJP in Uttar Pradesh politisch auszuschalten. Die Kongreßpartei ist in ihrer einstigen Hochburg zwar nur noch ein „minor player“; trotzdem könnte sie so etwas wie das Zünglein an der Waage spielen. Sonia Gandhis Parteifreunde dürften zwar in diesem Unionsstaat maximal nur eine Handvoll Mandate gewinnen, doch eine SP-INC-Absprache könnte dafür den Oppositionskräften in Delhi im Ringen um die Regierungsverantwortung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Weg zum Erfolg ebnen. Vorausgesetzt allerdings, die neue Regionalregierung hat bis dahin bei der Bevölkerung noch nicht zuviel Frust erzeugt.

### Pragmatismus pur

Der politischen Szene in Lucknow ist dennoch anzumerken, daß es -die bisherigen Koalitionäre ausgenommen - derzeit niemand mit niemandem völlig ver-

derben will. Mulayam beharrt zwar auf seinem strikt säkularen Standpunkt, schlägt aber im Umgang mit den Hindu-nationalisten der BJP sanftere Töne an. Der INC wiederum will sich nicht in eine Koalition mit der SP drängen lassen und bleibt deshalb auch mit der BSP im Gespräch. Denn sich mit Mayawatis Dalit-Partei zu überwerfen, können sich Sonia Gandhi und ihre Getreuen kaum leisten. Sowohl in Rajasthan als auch in Madhya Pradesh und Delhi, wo Ende des Jahres gewählt wird und jeweils die Kongreßpartei regiert, verfügt die BSP über einen gewissen Einfluß. Da möchten die Strategen des INC lieber nicht eine möglicherweise wichtige Tür von vorneherein zuschlagen.

Mulayam ist sich dessen bewußt, daß der INC nicht unbedingt ein verlässlicher Partner ist, aber das ist in U. P. letztlich niemand, wie sich jedes Jahr neu erweist. Mehr macht ihm zu schaffen, daß er im eigenen Lager immer mehr Kritiker hat, die seinen übermäßigen Pragmatismus angreifen. Formell ist die SP zwar eine sozialistische Partei, doch immer öfter verkehrt Mulayam in jüngsten Zeiten auch mit den Großindustriellen auf höchst vertrautem Fuße. Einige prominente Wirtschaftskapitäne waren auch bei seiner Vereidigung anwesend. Zwar betont er in Abständen, sich nicht von seinen Grundprinzipien zu entfernen, aber einige aus der Linken sehen ihn längst als „Genossen der Bosse“. Die CPI (Kommunistische Partei Indiens) mag sich erinnern, daß der neue Chefminister in den frühen 90er Jahren sogar einmal versucht hatte, ihre kleine Parlamentsgruppe aufzureiben. Und auch sein Bündnis mit Kalyan Singh, dem früheren BJP-Regenten in Lucknow, wird vom linken Flügel alles andere als gern gesehen. Kalyan Singh, damals einer der wenigen hochrangigen BJPler aus den unteren Kasten, mag sich als geläutert darstellen - nicht jeder aber nimmt ihm das ab. Nicht nur die Kommunisten glauben, daß er im Herzen noch immer ein brennender Hindutva-Verfechter und damit gefährlich ist.

Denn in U. P., das darf bei allem nicht vergessen werden, liegt Ayodhya, das markanteste religiöse Streitobjekt Indiens, um das sich der Konflikt mit dem Abschluß der archäologischen Grabungen

(Anm. d. Red.: vgl. hierzu die entsprechende Meldung im „Überblick“ dieser Ausgabe) noch intensiviert hat. Vieles deutet darauf hin, daß sich Mulayam für seine dritte Amtszeit auf neue gewalttätige Zusammenstöße zwischen fanatisierten Hindus und Muslimen gefaßt machen muß. Denn die BJP - in Uttar Pradesh nun in der Opposition - könnte sich nun zumindest auf Unionsstaatsebene versucht sehen, auch ganz offen statt wie bisher nur heimlich gemeinsame Sache mit ultraradikalen Gruppen wie dem VHP zu machen, der lautstark den sofortigen Baubeginn des Ram-Tempels fordert.

Das Skandal um das Bauprojekt am Taj Mahal, der mit zum Sturz der Mayawati-Regierung beitrug, hat auch für sie selbst nun unangenehme Folgen. Denn der Supreme Court hat angeordnet, gegen die ehemalige Chefministerin und sechs weitere Exminister und Beamte Ermittlungen einzuleiten und die Anklage vorzubereiten. Obwohl Mayawati das Projekt

Anfang Juli stoppte und eine Untersuchungskommission einrichtete - nachdem die *Sunday Times* den Skandal im Vormonat aufdeckte - ist sie vom Verdacht der aktiven Mitwisserschaft um die dunklen Machenschaften noch nicht befreit. Im Gegenteil deutet vieles darauf hin, daß sie um die Unregelmäßigkeiten wußte.

### Politik kreist um Kasten

In kaum einem anderen Unionsstaat spielt die Kastenzugehörigkeit der Wählerschaft und die spezifische Kastenzusammensetzung der Wahlkreise eine größere Rolle. Die BSP ist zwar als Dalit-Partei gegründet worden, hat es in U. P. aber geschafft, sich neuerdings auch den mittleren Kasten - unter anderem Rajputen - zu öffnen. Damit wollte Mayawati vor allem bei der Wahl 2001 ihre Basis deutlich erweitern. Die BJP wiederum ist in U. P. nicht nur die Partei der Hochkastigen (z. B. Brahmanen), son-

dern hat auch Einfluß unter manchen der „backward classes“, will dort vor allem der SP Konkurrenz machen. Denn diese kann vor allem auf die Yadavs und die Muslime zählen - eine Kombination, die im benachbarten Bihar seit über zehn Jahren Laloo Prasad Yadav beziehungsweise nun seine Frau Rabri Devi an der Macht hält. Den Rückhalt bei den Muslimen darf Mulayam nicht verspielen, sonst könnten diese zum INC abwandern. Eine Rolle spielen auch die Jats - einflußreiche Großbauern, auf die im sogenannten Hindi-Belt jede Partei ein Auge haben muß. Was die mittleren Kasten (OBC) anbelangt, so ist höchst umstritten, wie benachteiligt Lodhias oder Yadavs tatsächlich sind. Vor allem letztere wurden schon in Mulayams früheren Regierungszeiten tüchtig gefördert.

## Bombenterror in Bombay

Zu den Hintergründen der Anschläge in Indiens Wirtschaftsmetropole

Ein Kommentar von Bernd Basting

Im August wurde Indiens Wirtschaftskapitale Mumbai (Bombay) von zwei brutalen Bombenanschlägen erschüttert. Orte des Geschehens waren der Hafentadtteil Colabar, mit dem *Gateway of India* der wichtigsten touristischen Attraktion der Stadt, und der Schmuckmarkt, in Nähe des bedeutenden Hindutempels der Göttin Mumbadevi, ebenfalls im Süden der Metropole. Im Abstand von fünf Minuten detonierten zwei in Taxis deponierte Bomben. Die Bilanz des Schreckens: 52 Tote und über 140 Verletzte.

Wem galt dieses feige Attentat, das ein neues Kapitel kommunalistischer Gewalt aufschlägt? Waren es Touristen, die Zentralregierung in Delhi, die Landesregie-

rung von Maharashtra oder Hindus, die als Opfer von den Terroristen avisiert worden waren? Sind die Täter Inder? Oder kamen sie etwa aus Pakistan?

Seit dem 13. Dezember vergangenen

Jahres - dem Tag des muslimischen Anschlags auf das Nationalparlament Lok Sabha in Neu-Delhi - hat Bombay immer wieder Bombenanschläge erlebt. So waren zuletzt im Juli drei Menschen bei